



Bekanntmachung

der **3. Änderungssatzung** gem. § 10 Abs. 3 BauGB i. V. m. § 13 BauGB zu dem **Bebauungsplan Nr. 14 „Vogelweide“** der Gemeinde Ostbevern

vom 13.06.2006

Der Umwelt- und Planungsausschuss und der Rat der Gemeinde Ostbevern haben in ihren Sitzungen am 20.11.2001 und am 15.07.2002 zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 14 „Vogelweide“ folgende Beschlüsse gefasst:

Aufstellungsbeschluss des Umwelt- und Planungsausschusses vom 20.11.2001

Für die Grundstücke, Gemarkung Ostbevern, Flur 107, Flurstücke 365, 370 ist ein Änderungsbebauungsplan gem. § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13 BauGB (in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.97, BGBl. I S. 2141, letzte Fassung), aufzustellen.

Der anliegende Kartenauszug, in dem die Grenzen des Änderungsbebauungsplanes durch Umrandung gekennzeichnet sind, ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Satzungsbeschluss des Rates gem. § 10 BauGB i. V. m. § 13 BauGB vom 15.07.2002

Aufgrund der §§ 2 Abs. 1, 10 Abs. 1 und 13 BauGB (in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.97, BGBl. I S. 2141) sowie der §§ 7 und 41 GO NW (in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.94, GV NW S. 666 ff.) jeweils in der z. Z. gültigen Fassung, wird der 3. Änderungsplan zum Bebauungsplan Nr. 14 „Vogelweide“ der Gemeinde Ostbevern in der in der Sitzung vorgestellten Form als Satzung beschlossen. Der Begründung wird zugestimmt.

Geltungsbereich des 3. Änderungsplanes:

Der Änderungsbereich ist aus dem als Anlage zu dieser Bekanntmachung beigelegten Auszug aus dem Bebauungsplan ersichtlich.

Belange des Umweltverträglichkeitsgesetzes (UVPG)

Die Belange des UVPG sind nicht betroffen.

Hinweise:

1. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuches für die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 - 42 des BauGB für Eingriffe in eine bisherige Nutzung durch dieses Änderungsverfahren und des § 44 Abs. 4 des BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.
2. Gemäß § 215 Abs. 1 BauGB ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und Mängel der Abwägung unbeachtlich, wenn sie nicht in Fällen des § 215 Abs. 1 Nr. 1 innerhalb eines Jahres in den Fällen des § 215 Abs. 1 Nr. 2 innerhalb von 7 Jahren seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründet, ist darzulegen.
3. Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung kann nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
 - a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt
 - b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
 - c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet
oder
 - d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde Ostbevern vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt (§ 7 Abs. 6 GO NW).

Bekanntmachungsanordnung

Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 14 „Vogelweide“, die Bezeichnung des Bebauungsplanes und die Hinweise werden gem. § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004, (BGBl. I S. 2414, letzte Fassung) hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan wird mit der Begründung zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Der Bebauungsplan kann bei der Gemeindeverwaltung Ostbevern - Bauamt -, Zimmer 25, Hauptstraße 24, 48346 Ostbevern, während der Dienststunden eingesehen werden.

Über den Inhalt des Bebauungsplanes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 14 „Vogelweide“ rechtsverbindlich.

Ostbevern, 13.06.2006

Jürgen Hoffstädt

Planauszug zur Bekanntmachung der
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 14 „Vogelweide“

